



«La clé de la croissance, c'est le cadre économique»

Ilian Mihov, économiste et doyen de l'Insead était en conférence hier à Luxembourg. Page 58

Lockere Geldpolitik „so lange wie nötig“

US-Notenbank verspricht billiges Geld für lange Zeit. Seite 59



Zwölfte deutsch-luxemburgische Wirtschaftskonferenz

Intelligent und kreativ wachsen

Arbeitslosigkeit, Schulden- und Steuerlast als Hemmnisse



Europa braucht neue Ideen, um wieder zu wachsen, meinen die Teilnehmer an der deutsch-luxemburgischen Wirtschaftskonferenz. (FOTO: ANOUK ANTONY)

VON JOELLE MERGES

Wie kann ein Staat das Wirtschaftswachstum fördern, ohne sich über Gebühr zu verschulden oder die Steuerlast zu erhöhen? Diese Fragen versuchten die Teilnehmer an der zwölften deutsch-luxemburgischen Wirtschaftskonferenz zu beantworten.

Trotz Jahre langer Wirtschaftskrise, trotz hoher Schuldenlast und Arbeitslosigkeit hat Europa das Wachsen nicht verlernt. Bloß heißt es nun, intelligent und kreativ wachsen. Dies war eine der Schlussfolgerungen, die die Teilnehmer an der zwölften deutsch-luxemburgischen Wirtschaftskonferenz am Dienstag in der Chambre de commerce zogen.

In regelmäßigen Abständen nehmen die deutsche Botschaft in Luxemburg und die hiesige Handelskammer diese Konferenzen zum Anlass, um aktuelle Wirtschaftsthemen zu diskutieren. Am Dienstag suchte man nach Ansätzen, um das Wirtschaftswachstum ohne Neuverschuldung zu fördern. „Wir brauchen neue Ideen, um aus der Talsohle herauszukommen. Die herkömmlichen Instrumente wie die Geld- oder die Fiskalpolitik reichen nicht mehr aus“, resümierte der Chefvolkswirt der Handelskammer, Carlo Thelen, die Fragestellung. „Die Wirtschaftsperspektiven der EU hellen sich auf, es bleibt aber weiterhin viel zu tun, der Schulden-

stand ist nach wie vor hoch, die Wachstumsraten sind zu niedrig, um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken. Dieser Frage müssen sich die neuen Regierungen in Deutschland und Luxemburg stellen“, gab Botschafterin Christine Gläser zu bedenken.

Wie Wachstum ohne Schulden gelingen kann, legten UEL-Präsident Michel Wurth, der Vorsitzende der Europäischen Investitionsbank EIB, Werner Hoyer, und der Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, Rüdiger Messal, in ihren Impulsvorträgen sowie in einer Podiumsdiskussion dar, die von LW-Wirtschaftsredakteur Pierre Leyers moderiert wurde.

Unbeliebte Einschnitte

Rüdiger Messal ist seit Juli 2010 Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Finanzministerium, und muss sich dort unter anderem um die Umsetzung der im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Schuldenbremse kümmern. Dies bedeutet, dass die Regierung in Düsseldorf Jahr für Jahr eine Milliarde Euro einsparen muss – also genau so viel, wie die hiesige Regierung an Konsolidierungsmaßnahmen durchführen will, um die öffentlichen Finanzen bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode zu begründen.

Um die strukturelle Verschuldung bis zum Jahr 2020 auf Null zu senken, setzt die rot-grüne Regierung in Düsseldorf unter anderem

bei den Personalkosten im öffentlichen Dienst an – eine Idee, die Michel Wurth nur begrüßen konnte. Ebenso stimmte der UEL-Vorsitzende mit dem nordrhein-westfälischen Staatssekretär überein, dass ein Staat keineswegs die Bildungsausgaben kürzen dürfe, schließlich seien dies wichtige Investitionen in die Zukunft. Sparpotenzial sieht Messal darüberhinaus bei den öffentlichen Zuschüssen. Beliebt macht man sich damit nicht bei den Wählern; daher sollte man solche Vorhaben gleich zu Beginn einer Legislaturperiode durchführen, lautete der Ratschlag des Staatssekretärs an die Politik. Die Regierung von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist seit etwa anderthalb Jahren im Amt.

Weil die Bundesländer keine neuen Schulden aufnehmen dürfen und weil ihr fiskalischer Handlungsspielraum begrenzt ist, müssen sie sich „kreativ“ zeigen, wenn es darum geht, die nötigen finanziellen Mittel aufzubringen, um die dringend notwendigen Investitionen in die öffentlichen Infrastrukturen zu tätigen. Für Messal bedeutet dies unter anderem die Erschließung von Privatkapital. Gleichwohl schloss er die Einführung einer Vermögenssteuer nicht aus. Dies kommt für Michel Wurth überhaupt nicht in Frage, sein Credo lautet intelligentes Wachstum, also in Zeiten knapper Haushaltskassen aus weniger mehr machen.

Für den Vorsitzenden der UEL und der Handelskammer steht außer Frage, dass Wachstum auch in Zukunft notwendig sei, bloß dass man Hemmnisse wie die hohe Steuerlast oder die zunehmende Verschuldung abbauen müsse.

Überbewertung des Wachstums

Rüdiger Messal beantwortete die Frage etwas nüancierter: „Man sollte das Wachstum nicht verteuern, aber auch nicht überhöhen.“ „Wachstum galt lange Zeit als unanständig. Diese Zeiten sind aber gottseidank vorbei“, sagte EIB-Präsident Werner Hoyer. Sicher habe sich die Eurozone aus der Rezession befreit, dennoch reichten die Konjunkturdaten nicht aus, um die Arbeitslosigkeit dauerhaft zu senken. Eine wichtige Rolle spielten in dieser Hinsicht die Klein- und Mittelunternehmen, denen es nach wie vor schwer falle, sich über die traditionellen Finanzmärkte zu finanzieren. Umso wichtiger sei es, dass die Europäische Investitionsbank beziehungsweise der Europäische Investitionsfonds diesen Betrieben zur Seite stehe.

Eine Lanze brach Hoyer für die Reformbemühungen der europäischen Krisenländer. „Wir schreiben die Südländer viel zu schnell ab. Dabei ist das, was in Spanien, Griechenland, Zypern oder Portugal geleistet wurde, enorm. Davor habe ich großen Respekt. Deutschland ist in dieser Hinsicht nicht so mutig.“